

ten, Kirche zu sein“, mag sich das für in institutionellen Kategorien denkende deutsche Katholiken und erst recht für Rom dramatisch anhören. Anders als hier denkt dort aber wohl niemand an eine mögliche Spaltung, wie sie unter dem Stichwort „Volkskirche“ immer wieder an die Wand gemalt wird, als sei sie der Leibhaftige selbst. Bischof Fragozo: die Volkskirche in Brasilien sei keineswegs eine Kirche ohne Hierarchie, sondern die „arme Kirche, in der der Bischof als Bruder unter Brüdern und Schwestern verwurzelt ist“.

Anfang der 80er Jahre wußte sich der brasilianische Episkopat, mit derzeit

376 Bischöfen der zahlreichste der Welt, in den grundlegenden pastoralen Richtlinien mit der großen Mehrheit seiner Mitglieder einig. Er bewies über Jahre eine erstaunliche Fähigkeit – und legte auch Wert darauf –, trotz beträchtlicher Unterschiede in den Auffassungen, Konflikte *intern* zu lösen. Daß dies heute anders ist, hat womöglich mit einer gewissen Ernüchterung oder auch Ermüdung angesichts der noch stetig wachsenden Aufgaben dieser Ortskirche zu tun, sicher aber mit Einwirkungen von außen. Seit einigen Jahren wirft Rom durch Lehrschreiben, kirchenpolitische Entscheidungen, insbesondere Bischofsernen-

nungen, bis zu disziplinierenden Maßnahmen sein ganzes Gewicht in die Waagschale – aus Sorge um mögliche Abweichungen und Fehlentwicklungen im kirchlichen Leben Brasiliens. Diese Sorge war und ist offenbar, wie auch in anderen Fällen, größer als das Zutrauen in den Episkopat des Landes. Die Kräfte aber, die so im Aushalten und Austragen von Kontroversen, sei es auf diözesaner oder auf höherer Ebene, gebunden werden, bräuchte die brasilianische Kirche nach einer fruchtbaren Phase des Aufbruchs dringend zur Konsolidierung ihrer pastoralen Arbeit – nicht nur, aber auch in Recife. G.B.

Was ist in Österreichs Kirche los?

Eine „Machtergreifung“ mit fatalen Folgen

Aus Österreich häufen, ja überstürzen sich die Nachrichten: die ungewöhnlichen, ja seltsamen überwiegen. Einmal werden von Wien her und über Österreich hinaus Seminare und Theologische Fakultäten pauschal angegriffen, ein andermal wird gefordert, katholische Journalisten, die im kirchlichen Bereich arbeiten, unter Amtsaufsicht zu stellen. Sektierer, die in normalen Zeiten kaum jemand wahrnimmt, fühlen sich durch einzelne kirchliche Persönlichkeiten ermuntert und greifen lautstark die kirchlichen Kernschichten an, die die nachkonziliare Erneuerung in Österreich getragen haben. Politisch von der Kirche Enttäuschte melden sich zu Wort und wollen alte, längst überwundene geglaubte parteipolitische Bindungen wiederbeleben. Auslöser dieser erkennbar fatalen Entwicklung sind die Bischofsernennungen der letzten Jahre. Ist diese Entwicklung in Wien und Rom gewollt, oder gerät sie schlicht außer Kontrolle? Dies ist eine der wesentlichen Fragen unseres „Dossiers“. Es ist zweigeteilt. Unser Österreich-Mitarbeiter Fritz Csoklich, Chefredakteur der „Kleinen Zeitung“ in Graz, dokumentiert die gegenwärtigen Spannungszustände. Das anschließende Interview mit dem Pastoraltheologen Wilhelm Zauner gibt Aufschluß über die kirchen- und pastoralpolitischen Zusammenhänge, die das neu entstandene Spannungsverhältnis im österreichischen Katholizismus bedingen.

Seit den jüngsten Bischofsernennungen in Österreich, die von Anfang an Aufregung und Turbulenzen innerhalb und außerhalb der Kirche hervorgerufen haben, hat sich die Situation nicht beruhigt. Eine ganze Reihe von Ereignissen hat vielmehr den Eindruck verfestigt, daß hier eine

Machtergreifung beabsichtigt war und ist. Dies führt zur Tendenz der Fraktionsbildung, die bis in die Bischofskonferenz hineinreicht, und die unten, an der sogenannten „Basis“, da und dort zu erbitterten Auseinandersetzungen führt, deren Feindseligkeit überrascht und erschreckt.

Konflikte in Salzburg und Wien

Eine erste personalpolitische Folge der Bischofsernennungen war in Salzburg zu registrieren, als der neue Erzbischof Georg Eder dem gewählten Präsidenten der Katholischen Aktion, dem an der Universität Salzburg tätigen Politikwissenschaftler Franz Horner, die Bestätigung verweigerte. Horner war im Herbst 1988 in Interviews gegen die Art und Weise der jüngsten Bischofsbestellungen aufgetreten und hatte für die Zukunft eine Art „innerkirchliche Eigenständigkeit“ angekündigt: „Wer immer zum Bischof bestellt wird, wir sollten selbstbewußt unseren eigenen Weg weitergehen.“

Nach der Bestellung von Georg Eder zum Erzbischof von Salzburg im Jänner 1989 lief kurz danach die Periode des KA-Präsidiums von Salzburg ab, und es stellte sich die Frage, ob KA-Präsident Franz Horner wiedergewählt werden sollte. In einem Gespräch zwischen dem Erzbischof und dem Politologieprofessor sollte geklärt werden, ob der Erzbischof Horner im Falle einer Wiederwahl die notwendige Bestätigung geben würde. Das Gespräch führte zu Mißverständnissen auf beiden Seiten: Horner gewann den Eindruck, der neue Erzbischof respektiere ohnehin unterschiedliche Meinungen in Sachfragen, Eder

hingegen glaubte, er habe Horner ohnedies in aller Deutlichkeit mitgeteilt, daß eine Bestätigung nur nach Erfüllung ganz bestimmter Auflagen in Frage kommen könne. Die Folge dieses Mißverständnisses war, daß die Delegierten der Katholischen Aktion in Salzburg in der zweiten Aprilhälfte Horner mit überwältigender Mehrheit abermals zu ihrem Präsidenten wählten. Ein Monat später gab die Pressestelle der Erzdiözese Salzburg bekannt, der Erzbischof könne Horner als KA-Präsident nicht bestätigen, denn dieser habe „seine oppositionellen Äußerungen und antikirchlichen Stellungnahmen öffentlich zu korrigieren“. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit sei sonst nicht möglich.

Franz Horner reagierte darauf, indem er eine allgemeine Loyalitätserklärung abgab. Der Professor war jedoch nicht bereit, seine Aussagen zu korrigieren oder zu widerrufen. In einer Erklärung des Präsidiums der Katholischen Aktion von Salzburg hieß es unmittelbar darauf, die KA könne und wolle ihre Aufgaben „nur in Loyalität mit dem jeweiligen Erzbischof und der amtlichen Kirche erfüllen“. Für die Kirche von Salzburg sei es aber bedeutsam, daß auch in Zukunft kritische Menschen als verantwortliche Mitarbeiter willkommen seien.

Dieser Hinweis war weit über Salzburg hinaus bedeutsam, da sich mittlerweile mehrere personelle Streitfragen zwischen den „neuen“ Bischöfen und katholischen Gruppierungen ergeben hatten. Als folgenschwer erwies sich vor allem der *Konflikt zwischen dem Wiener Weihbischof Kurt Krenn und der Katholischen Hochschuljugend* am Hochschulort Wien, der nach wie vor ungelöst ist. Den gewählten Vorsitzenden der Hochschuljugend in Wien wurde und wird von Weihbischof Krenn die Bestätigung nach wie vor beharrlich verweigert, und die Leitung der Katholischen Hochschuljugend in Wien wartet nun schon seit mehr als einem Jahr auf das bischöfliche „Placet“. Der Weihbischof, an den Kardinal *Hans Hermann Groer* die Angelegenheit delegierte, stellte für eine Anerkennung der Wahl bestimmte Bedingungen, die er nicht ausreichend erfüllt sieht. Seit Monaten gibt es nicht einmal mehr Gespräche in dieser Angelegenheit.

Krenns Angriff auf die Priesterseminare

Eine dritte offene Personalfrage betrifft das Katholische Zentrum für Massenkommunikation in Wien, das seit etwa einem Jahr ohne Generalsekretär ist. Der vom Vorstand dieses Zentrums dafür vorgesehene Kandidat, der aus der Katholischen Hochschulgemeinde Graz kommt, fand nicht die Zustimmung des Sekretärs der Bischofskonferenz, des inzwischen neu ernannten Militärbischofs *Alfred Kosteletzky*: Er wünscht sich einen anderen Generalsekretär. Die zeitraubenden Verhandlungen in dieser Frage sind noch immer nicht abgeschlossen.

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß der Unmut unter den Laienmitarbeitern in den kirchli-

chen Einrichtungen immer mehr zunimmt. Als Folge der beschriebenen offenen Personalfälle ist es zu einer Vertrauenskrise in kirchlichen Ämtern und Dienststellen vor allem in Wien und Salzburg gekommen, deren Folgen noch nicht abgeschätzt werden können. Der Eindruck, daß im kirchlichen Dienst kritische Meinungsäußerungen keinen Platz mehr haben, hat jedenfalls schon jetzt zu besorgniserregenden Wirkungen geführt, und es besteht die Gefahr, daß ein Exodus oder zumindest eine stille Emigration engagierter Laien aus der Kirche in Österreich einsetzt.

Zu einem anderen Kampffeld öffentlicher Auseinandersetzungen kam es, als Weihbischof Krenn im Verlauf eines Interviews für die bundesdeutsche Zeitschrift „pur“ die Priesterseminare in sehr allgemeiner Form beschuldigte, „Therapiestationen für kranke Menschen“ zu sein. Der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber*, der für Priesterseminare zuständige Referent in der Bischofskonferenz, gab in einer Pressekonferenz öffentlich seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß er über diese kritische Äußerung nicht vorher unterrichtet wurde, deren Sinn er selbst bei mehrmaligem Durchlesen nicht erkennen könne. Bischof Weber stellte sich vor alle Verantwortlichen, die in Priesterseminaren tätig sind, und dankte ihnen für ihre aufopferungsvolle Arbeit bei der Heranbildung des Priesternachwuchses.

Dieses Intermezzo wäre relativ bedeutungslos geblieben, wäre nicht kurz darauf ohne vorherige Information der Betroffenen und ohne Rücksprache mit dem Priesterrat der Erzdiözese Wien von Kardinal Hans Hermann Groer die gesamte Leitung des Wiener Priesterseminars einschließlich des langjährigen und verdienstvollen Regens *Josef Toth* ausgewechselt worden. In der Folge wurde mehrmals dementiert, daß es einen Zusammenhang zwischen den Äußerungen von Weihbischof Krenn und dieser Maßnahme gäbe, aber der fatale Nachgeschmack blieb, daß diese Kritiken doch viel realere Konsequenzen hatten, als man bisher angenommen hatte.

Aus Protest gegen diese Vorgangsweise trat im Sommer der langjährige und anerkannte Vorsitzende des Wiener Priesterrates, Dechant *Hans Schinner*, zurück. Damit wurde in aller Öffentlichkeit ein Zeichen für die wachsende Verärgerung des Wiener Klerus über die Art und Weise der Personalpolitik in der Wiener Erzdiözese gegeben, die den Eindruck einer „Säuberung“ im Wiener Priesterseminar erweckte.

Großes Aufsehen fand daher ein Leserbrief, den der Professor für Dogmatik und Ökumenische Theologie an der Universität Freiburg, *Gisbert Greshake*, in der Wiener Tageszeitung „Die Presse“, veröffentlichen ließ. In diesem Leserbrief schrieb Greshake, er habe im Wiener Priesterseminar fast zwölf Jahre gelebt und habe dabei den Eindruck gewonnen, daß es nur sehr wenige deutschsprachige Seminare gebe, die einen so hohen Maßstab als Ort geistlicher Einübung und mitmenschlichen Vertrauens gewinnen konnten. Das geistliche und menschliche Klima im Wiener Seminar sei eine der ganz wichtigen Ursachen

dafür. Das Totalrevirement, das ohne vorheriges Einvernehmen mit der bisherigen Leitung erfolgte, habe das weithin angesehene Priesterseminar in Wien in seiner hohen geistlichen Qualität zumindest in Frage gestellt. Prof. Greshake fragt daher in seinem Leserbrief, ob damit der Unterstellung von Weihbischof Krenn, wonach Priesterseminare „nicht länger Therapiestationen... für Leute sein (dürfen), die krank sind oder krank gemacht werden sollen“, stattgegeben worden sei.

Und Professor *Gisbert Greshake*, der während seiner Jahre als Professor in Wien im Wiener Priesterseminar wohnte, stellte fest: „Ich bin über diese und andere Vorgänge in der mir lieb gewordenen österreichischen Kirche zutiefst betrübt, weil sich hier offenbar wiederum eine Beobachtung der Kirchenväter schon seit frühester Zeit bestätigt: Die wahren Feinde der Kirche, die sie durch Zwietracht zu zerstören drohen, kommen nicht von außen, sondern aus ihren eigenen Reihen. Sollte deshalb die noble Zurückhaltung der Regenten, wegen der Äußerung von Dr. Krenn weder in Rom zu klagen noch bei einem Zivilgericht eine Klage wegen übler Nachrede einzubringen, nicht noch einmal überdacht werden müssen, auf daß klar wird, daß Intrigen und Schlimmeres keinen Platz in der Kirche Gottes haben dürfen?“

Missio Canonica für Journalisten?

So aufsehenerregend alle diese Vorgänge waren, der eigentliche Knalleffekt in der Öffentlichkeit ereignete sich, als im August Weihbischof Kurt Krenn in einem Radiointerview sagte, Journalisten, die in Massenmedien über den Glauben sprechen, und dies quasi im Namen der Kirche tun, bräuchten die Qualifikation einer *Missio Canonica*. Laute, einmütige Proteste erhoben sich in den Massenmedien, aber auch sonst in der österreichischen Öffentlichkeit. Der Grazer Diözesanbischof *Johann Weber* lehnte diesen Gedanken sofort dezidiert ab („wir denken nicht daran!“), und der zuständige Medienbischof, der Diözesanbischof von Eisenstadt, *Stefan Laszlo*, unterstrich die Bedeutung der Freiheit der Presse für die Kirche. Der Wiener Weihbischof *Helmut Krätzl* schrieb schließlich in der katholischen Wochenzeitung „Die Furche“, es gelte, Journalisten zur Weiterbildung zu motivieren, aber nicht „ihr Glaubenswissen zu examinieren“.

Ein entschiedenes „Nein“ zu den Vorstellungen sagte der Vorsitzende des Katholischen Publizistenverbandes Österreichs, der bekannte Journalist *Hubert Feichtlbauer*, der in einem Brief an Weihbischof Krenn gegen den Inhalt seiner Äußerungen protestierte und in einem Artikel in der „Furche“ schrieb: „In keinem Land der Erde gibt es eine Einrichtung der Kirche, die Journalisten konzessioniert. Regierungen tun dies nur in totalitären Staaten. Die Kirche von Wien darf kein Exerzierplatz für solche Experimente werden.“

Einmütig in der Ablehnung der Äußerung Krenns waren auch fast alle Diözesanblätter, die katholischen Zeitungen in Österreich sowie Wissenschaftler, die im Bereich

der Kommunikation arbeiten. Der international bekannte Erziehungswissenschaftler und Vizepräsident der Wiener Katholischen Akademie, *Prof. Marian Heitger*, erklärte in einem Gastkommentar der „Salzburger Nachrichten“, es mehrten sich in letzter Zeit in bedrängender Weise die Zeichen dafür, daß der freie, mutige und vorurteilsfreie Dialog in der Kirche nicht mehr erwünscht sei. Wer aber glaube, mit Macht und Amtsautorität den Dialog und die Auseinandersetzung verbieten zu können, erliege einem verhängnisvollen Irrtum, verletze Menschenrecht und Menschenwürde und mißachte den Menschen als Geschöpf Gottes. Dialog fordere Freiheit: „Das ist kein unzumutbares Ansinnen aufmüpfiger Laien, sondern eine dem Dialogischen immanente Notwendigkeit“.

Weihbischof Krenn schwächte unter dieser stürmischen Reaktion seine Äußerungen zuerst ab und stellte fest, er habe ja nur einen Gedanken geäußert, meinte aber schon wenige Tage später, das „seltsame Emotionspektakel“ bestärke ihn in seiner Aussage. Er sehe keinen Anlaß, etwas abzuschwächen oder zu modifizieren.

Indizien deuten darauf hin, daß mit diesem Vorstoß von Weihbischof Krenn mehr gemeint war, als in seinem Interview zu lesen stand. Da es kurz vor diesen Äußerungen Krenns zu heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Wiener Weihbischof und der katholischen Wochenzeitung „Die Furche“ über das Thema der Priesterseminare und in der Folge zu Gesprächen zwischen Weihbischof Krenn und dem Chefredakteur der „Furche“, *Hannes Schopf*, gekommen war, die offensichtlich recht heftig und temperamentvoll, aber ohne Annäherung verlaufen sind, kann angenommen werden, daß die Äußerungen Krenns einen „Warnschuß“ an die Redaktion der „Furche“ bedeuteten. Schon wird offen darüber gesprochen, daß die Subventionen der Bischofskonferenz für die „Furche“ ebenso in Gefahr seien wie die kirchlichen Gelder für die katholische Nachrichtenagentur „Kathpress“.

Mit welcher emotionalen Aufschaukelung diese Auseinandersetzung geführt wird, läßt ein Artikel des Professors an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Heiligenkreuz, *Robert Prantner*, erkennen, der in der Wiener „Presse“ schrieb: „Mitunter scheinen nicht nur Priesterseminare deutschsprachiger Diözesen, sondern auch katholische Agenturen und Wochenblätter eher Therapiestationen zu sein, in denen frustrierte Umweltmonomanen, Heilbringer im Sinne einer marxistischen Verwandlung der Dritten Welt und zärtlich-esoterische Alternativräumer eine Visitenkarte vorzeigen, die sie als fortschrittliche Kirche ausweisen soll.“ Freilich treffe, so meint Prantner, solche wahrhaft „zweifelhaften“ katholischen Journalisten nicht allein die Schuld, beriefen sie sich doch „auf Theologen, auf wohlbestallte Professoren, selbst auf kolumnenschreibende Weihbischöfe, die in ambivalent-verwirrender Weise den Kampf um das Leben im Mutter-schoß, die Verehrung Mariens und der Heiligen sarkastisch in Frage stellen und einer Ökumene in fruchtlosem Irenismus das Wort reden“.

Diese Attacke war eindeutig gegen den Wiener Weih-

bischof *Helmut Krätzl* gerichtet, der seit einiger Zeit eine regelmäßige Kolumne in der „Furche“ betreut und der schon seinerzeit, beim Ringen um die Nachfolge von Erzbischof *Franz König* in Wien, von traditionalistischen Konventikeln mit besonderer Gehässigkeit angegriffen worden ist. Der Chefredakteur der „Kathpress“, *Erich Leitenberger*, machte in einer Erwiderung dieser Attacke darauf aufmerksam, daß es gerade Weihbischof Helmut Krätzl gewesen war, der seit Jahren gegen die Abtreibung in Wort und Schrift gekämpft hat, und daß es unerfindlich sei, gerade diesen Bischof solchen haltlosen Beschuldigungen auszusetzen.

Ein „von oben“ eingeleiteter Richtungskampf

Die Emotionen schwappten schließlich über und führten einerseits dazu, daß in der „Furche“ eine Karikatur von Weihbischof Krenn erschien, die mit dem Stil, der Schreibweise und der Aufgabenstellung des Blattes tatsächlich nicht vereinbar war. Verlag und Redaktion entschuldigten sich postwendend für diese Entgleisung. Andererseits brachten traditionalistische Gruppen ein Flugblatt in der Form eines Steckbriefes in Umlauf, das in großer Aufmachung ein Bild des Vorsitzenden des Katholischen Publizistenverbandes, Hubert Feichtlbauer, mit der Überschrift „Warnung“ und der Unterschrift „Auch er gehört zur Anti-Papst-Fraktion“ zeigte. Auf der Rückseite des Flugblattes sind noch zahlreiche Felder für weitere Fotos frei und im Text heißt es: „Das Ziel der Anti-Papst-Fraktion ist es, das Aufkommen konservativer Kräfte in Österreich unter allen Umständen zu verhindern, damit die anti-christlichen Linksgruppen ihre gesellschaftsunterminierende Tätigkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit ungestört fortsetzen können.“ Verschiedet wurde das Flugblatt von dem seit Jahren bekannten Antipornokämpfer *Martin Humer*, dessen persönliche Verbindungen zu Weihbischof Kurt Krenn unbestritten sind.

Auf diese Weise ist der offensichtlich von „oben“ eingeleitete Richtungskampf in der Kirche Österreichs auf einer Ebene gelandet, die man sonst dem „Kleinen Bezirksgericht“ vorbehält. Es wäre darüber gar nicht weiter zu referieren, würde nicht der Versuch, die Linie der Kirche in Österreich zu ändern, ebenfalls auf dieser Ebene bis hin zu primitiver Denunzierung verlaufen. Angesichts dieser Methodik wächst nun die Erbitterung der breiten, engagierten Mitte des kirchlichen Lebens in Österreich, die sich von isolierten, fanatisierten Kleinstgruppen attackiert und ausgespielt sieht und die mit zunehmender Besorgnis, ja sogar mit einiger Panik zur Kenntnis nehmen muß, welche Bedeutung diese Kleinstgruppen in Teilen der Kirchenleitung plötzlich gewonnen haben.

Der Zorn über diese Entwicklung, die nach dem Eindruck vieler willkürlich heraufbeschworen wurde, spricht aus dem Mitte August in der weitverbreiteten Wiener Tageszeitung „Kurier“ erschienenen Artikel „Winter in Wien“ von Hubert Feichtlbauer, der größtes Aufsehen erregte.

In diesem Artikel wird bedauert, daß die Spaltung in der katholischen Kirche der Erzdiözese Wien immer mehr zunimmt, daß Leidenschaften aufwallen, Hader und Streit die Menschen trennen, die man „laut Vereinsstatut“ an ihrer Liebe erkennen sollte. Kaputter sei das Ansehen der Kirche in Österreich bei Intellektuellen, Wissenschaftlern, Literaten und Künstlern noch nie gewesen.

Der katholische Journalist sieht in der gegenwärtigen Entwicklung in Österreich den Versuch einer „Gegenreformation“ mit einer rigorosen Glaubens- und Moraldoktrin, die gepaart sei mit einem „verdrehten Augenaufschlag, säuselndem Frömmigkeitsschwätz, einer für Normalverbraucher unverständlich gewordenen Kirchensprache und mit einem Anbieterungsritual von Karriere-machern und üblem Denunziantentum“. Feichtlbauer meint, die Seelsorge früherer Jahre in Österreich habe gewiß Fehler gemacht; es habe zu viel Appell an den Intellekt und zu wenig für das Gefühl, zu viele Worte und zu wenig Symbole gegeben. Die Kirche müsse auch wieder mehr fordern und ihre Verpflichtungen nicht nur abschwächen: „Stimmt alles. Aber, so flehen die Kritiker, bitte, nicht diese Sprache devoter Bigotterie! Nicht diese Symbolik der Reduktion aller Moral auf südlich des Nabels! Nicht die Zumutung des hirnvernebelnden Engelwerks! Nicht den Stachelgürtel der Opus Dei-Eliten als Wegweisung! Und, bitte, nicht die Selbstgerechtigkeit und Selbstgefälligkeit derer, die die ‚Wahrheit‘ in goldenen Schalen vor sich hertragen, als wäre sie ihr alleiniges Besitztum.“

Mittlerweile aber hatte Weihbischof Krenn bereits für die nächste Aufregung gesorgt: Es wurde mitgeteilt, Erzbischof Groer habe in Wien eine Glaubenskommission gebildet und Krenn zu deren Vorsitzenden ernannt. Da die Österreichische Bischofskonferenz ohnehin über eine eigene Theologenkommission verfügt, war die Bestellung einer eigenen Glaubenskommission für eine einzelne Diözese einigermaßen überraschend. Noch überraschender aber war der weite Rahmen, den der Weihbischof für die Installierung dieser neuen Kommission absteckte: Es gebe viele Lebensbereiche der Diözese, so Krenn, in denen die Glaubenslehre berührt werde, und damit sei auf ihre Unversehrtheit und Einheit zu achten.

Als schließlich Weihbischof Kurt Krenn Anfang September bei einer Tagung des „Linzer Priesterkreises“ den Lehrbetrieb der Theologie und den Zustand heutiger theologischer Lehre kritisierte und forderte, jede Art der Abweichung vom Lehramt müsse festgestellt und korrigiert werden, das bischöfliche Lehramt dürfe sich nicht zurückdrängen lassen, sondern habe den Gehorsam einzufordern, kam es zu neuen Protesten, zu Artikeln, Leserbriefen. Krenn beschränkte sich aber nicht darauf, den Bischöfen gute Ratschläge zu erteilen, sondern er gab auch ganzen Bischofskonferenzen Zensuren, indem er die „Königsteiner Erklärung“ der deutschen Bischofskonferenz und die „Mariatroster Erklärung“ der österreichischen Bischöfe in diesem Zusammenhang als „nicht gut“ qualifizierte.

Mit all diesen Wortmeldungen wurde die Stoßrichtung der in Österreich angestrebten Veränderungen in der Kirche immer deutlicher erkennbar: Es geht vor allem um die Priesterseminare, um die Theologischen Fakultäten und den Religionsunterricht, um die Laienbewegungen und um die Massenmedien. In all diesen Bereichen ist die Auseinandersetzung in Österreich in voller Schärfe entbrannt. Dazu kommt der Konfliktpunkt der Sexualmoral, und schließlich zeichnet sich noch das Verhältnis von Kirche und Politik als nächster, zusätzlicher Streitfall ab.

Sehnsucht nach dem Protektorat einer Partei

Das Vorspiel für die Auseinandersetzung auf politischer Ebene wurde schon seit einiger Zeit durch scharfe Attacken rechter Wirtschaftskreise gegen den *Grundtext des vorbereiteten Sozialhirtenbriefes* der österreichischen Bischöfe gekennzeichnet. Dieser Grundtext ist bereits wiederholt als „linkslastig“, „marxistisch“ und „wirtschaftsfeindlich“ vorverurteilt worden. Als ein Wortführer in dieser Kampagne erwies sich der Direktor der Politischen Akademie der ÖVP in Wien, der Nationalratsabgeordnete *Andreas Khol*, der nach einer Fachstudientagung seiner Akademie über das Thema „Glaube und Arbeit“ öffentlich erklärte, das Ergebnis dieser Tagung werde er dem Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Hans Hermann Groer, überreichen, und nicht dem mit der Vorbereitung des Sozialhirtenbriefes beauftragten Linzer Diözesanbischof *Maximilian Aichern*, denn er gehe „lieber zum Schmied als zum Schmiedl“. *Prof. Robert Prantner*, durch seinen „Presse“-Artikel bekannt geworden, stellte in diesem Kontext den „spätmarxistischen, utopistischen, unternehmerfeindlichen und dilettantischen Grundtenor“ des Textes heraus.

Diese Wortmeldung ist neben ihrer polemischen Ausdrucksweise sehr aufschlußreich, weil sie *Querverbindungen zwischen den restaurativen Kräften im kirchlichen und im parteipolitischen Bereich* bloßlegt: *Andreas Khol* zählt nämlich zu jener kleinen Minderheit innerhalb der Österreichischen Volkspartei, die immer schon gegen den Versuch eines Brückenschlages zwischen der Kirche in Österreich und der Sozialdemokratie Stimmung gemacht hatte. *Andreas Khol* war es, der schon im „Österreichischen Jahrbuch für Politik“ des Jahres 1984 das Gleichnis vom verlorenen Sohn auf die österreichische politische Situation anwendete und meinte, die Volkspartei sei der Sohn, der zu Hause blieb und stets arbeitete und der anlässlich des Freudenfestes (der Kirche) für den verlorenen Sohn (die SPÖ) das Holz holen durfte: Die Sozialistische Partei, der „verlorene Sohn“, sei aber nicht wirklich zurückgekehrt.

Tatsächlich war in der österreichischen Kirche wohl niemand so naiv, eine „Rückkehr“ der Sozialisten oder der SPÖ zu erhoffen. Wohl aber ging die Kirche in Österreich nach 1945 daran, das Verhältnis von Kirche und Politik neu zu ordnen, das bis zum „Anschluß“ im Jahr 1938

durch eine enge Zuordnung von Kirche und christlich-sozialem Lager bestimmt war, so daß kirchliches und parteipolitisches Wirken auch personell eng miteinander verschränkt blieben. Dieser Umstand hatte fatale pastorale Folgen, bis es 1934 zum offenen Bürgerkrieg kam. Seit 1945 grenzt sich die Kirche in Österreich von den politischen Parteien ab, die Priester halten sich von jeder parteipolitischen Betätigung zurück. Das *Mariazeller Manifest*, das als geistige Vorbereitung des ersten gesamtösterreichischen Katholikentages 1952 nach dem Krieg erarbeitet wurde, faßte diese neue Perspektive folgendermaßen zusammen: „Eine freie Kirche bedeutet: Keine Rückkehr zum Staatskirchentum vergangener Jahrhunderte, das die Religion zu einer Art ideologischen Überbaus der staatsbürgerlichen Gesinnung degradierte. Keine Rückkehr zu einem Bündnis von Thron und Altar, das das Gewissen der Gläubigen einschläferte und sie blind machte für die Gefahren einer inneren Aushöhlung. Keine Rückkehr zum Protektorat einer Partei über die Kirche, das vielleicht zeitbedingt notwendig war, aber Zehntausende der Kirche entfremdete ... Eine freie, auf sich selbst gestellte Kirche heißt eine Kirche der weltoffenen Türen und ausgebreiteten Arme, bereit zur Zusammenarbeit mit allen, die gewillt sind, mit der Kirche für den wahren Humanismus, für Freiheit und Würde des Menschen zu kämpfen.“

Diese programmatische Linie der Kirche in der Zweiten Republik ist in all den Jahrzehnten seit 1945 weder von der Führung noch von der breiten Mehrheit der Anhänger der Österreichischen Volkspartei je ernstlich in Frage gestellt worden, wenn es auch in Einzelfragen Meinungsverschiedenheiten gab. Eine schmale Schicht von ÖVP-Funktionären, zu denen auch der Abgeordnete *Khol* zählt, hat es allerdings nie verwunden, daß die katholische Kirche seit 1945 einen neuen Zugang zu allen demokratischen Kräften suchte, wobei sich dieses Unbehagen in der Regel auf interne Meinungsäußerungen beschränkte.

Die neue Konstellation in der österreichischen Kirche könnte diese Situation schlagartig ändern, indem es zu einem „Kurzschluß“ zwischen den zahlenmäßig kleinen kirchlichen Zellen der Restauration mit gleichgesinnten ebenso kleinen Gruppierungen in der ÖVP kommt. Eine skurrile Arabeske in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, daß Mitte September *Karl Steinhauser*, der bereits mehrmals als „Parteigründer“ hervorgetreten ist, und der oberösterreichische Pornojäger *Martin Humer* die Gründung einer „Neuen Volkspartei“ ankündigten, die bei den Nationalratswahlen 1990 angeblich kandidieren soll. Allzu konkret scheint dieses Vorhaben freilich nicht zu sein, denn *Humer* trat gleichzeitig vehement für eine „christlich-soziale Fraktion innerhalb der ÖVP“ ein, gegen die Volkspartei wurden bei dieser Gelegenheit heftigste Vorwürfe erhoben: Sie sei überhaupt nicht an christlicher Politik interessiert.

Unter normalen Umständen würde es sich erübrigen, sich mit derlei Vorkommnissen am Rand zu beschäftigen. Da

aber andere Kleingruppen von querulantischem Zuschnitt in den vergangenen Monaten plötzlich große Bedeutung gewannen, ist auch in diesem Fall deren Argumentation von Interesse, denn sie gibt Aufschluß über die Zielsetzung jener Kreise, die offenkundig hinter derartigen Manövern stehen. So ist es gewiß mehr als ein Zufall, daß die Proponenten der „Neuen Volkspartei“ nicht nur die ÖVP „mangelnder Christlichkeit“ bezichtigten, sie orteten „marxistischen Einfluß“ auch in der Kirche von Österreich, sie verstiegen sich schließlich sogar zur Aussage, der Linzer Bischof Aichern müsse gefragt werden, ob er „Stellvertreter des Gewerkschaftspräsidenten“ sei, und Weihbischof Krätzl handle so, als ob er „auf der Gehaltsliste der SPÖ“ stünde. Weihbischof Krenn hingegen wurde von den gleichen Sprechern gelobt, da er „seine große Intelligenz für das Wohl Österreichs einsetze“, er sei der richtige Mann, die Kirche in Österreich wieder aus der Sackgasse herauszuführen.

Mahnende Stimmen bisher ohne Wirkung

Noch ein anderer Vorfall rundet das Bild. Ende Juli gab Wissenschaftsminister *Erhard Busek* dem Rupertusblatt der Salzburger Diözesanzeitung, ein Interview, in dem er meinte, es gebe viele gute kirchliche Gemeinden in Österreich, aber eine Kirche von Österreich gebe es nach seinem Eindruck gegenwärtig nicht, und er bedaure als Politiker, zu wenig Ansprechpartner in der Kirche auf gesamtösterreichischer Ebene zu haben. Kurz darauf erhielt der Minister, der seit seiner Jugend kirchlich engagiert ist, einen Brief des Salzburger Erzbischofs Georg Eder. Der Erzbischof fragte den Minister, wie er denn den Satz mit den Ansprechpartnern meine: „Stehen Sie so hoch über den gewöhnlichen Menschen von heute, daß Sie mit ihnen nicht mehr reden können? Und was soll Ihre Aussage heißen, die Kirche von Österreich gebe es heute nicht, nur einige gute Gemeinden? Sie müssen schon zur Kenntnis nehmen, daß Sie damit die ganze Kirche von Österreich beleidigen. Ich erwarte mir jedenfalls, daß Sie uns eine Antwort schuldig sind.“

Auch dieser Vorfall ist, für sich genommen, eher nebensächlich und nicht mehr als eine Episode. Die Summe ähnlicher Vorkommnisse aber macht das Bild einer *neuen Intransigenz* sichtbar: Nichts und niemand ist mehr katholisch genug, kritische Äußerungen und kritische Menschen sind im kirchlichen Leben unerwünscht, mit der Aufforderung zu Entschuldigung und Widerruf ist man schnell zur Hand, und selbst anerkannte Politiker und Journalisten sind nicht sicher davor, der Vorwurf der „Linkslastigkeit“ wird bei jeder nur denkbaren Gelegenheit erhoben, die Denunzierung des anderen ersetzt nur zu oft das Argument.

Angesichts dieser Neigung zur Polemik und Demagogie, die in nicht wenigen Fällen von Gegen-Polemik und Gegen-Demagogie beantwortet wird, drängt sich die Frage auf, warum die Katholiken Österreichs, die 1983 und

1988 bei den Besuchen des Papstes in Österreich ein beeindruckendes Bild ihrer Kirche und ihrer Treue zum Papst geboten haben, nun plötzlich künstlich und ohne jeden plausiblen Grund gegeneinander aufgehetzt werden. Innerhalb und außerhalb der Kirche sind viele ratlos, was angesichts dieser Situation zu tun sei, und nicht wenige überzeugte Christen fragen sich bang, ja verzweifelt, ob denn der Papst in Rom wisse, was seit den jüngsten Bischofsernennungen mit der Kirche in Österreich angestellt worden ist. Allenthalben ist ein Rückzug auf die Partikularität der Pfarren und auch der einzelnen Diözesen festzustellen, so daß die Kirche in Österreich tatsächlich weithin keine handlungsfähige Einheit mehr darstellt, während sich kirchenfeindliche Kreise in ihrem Vorurteil bestätigt sehen: Die vorübergehende Öffnung und Toleranz der Konzilszeit sei eben nur eine Tarnung gewesen, das „wahre Gesicht“ der Kirche komme jetzt wieder zum Vorschein...

Eine Unzahl von Artikeln, Stellungnahmen, Leserbriefen und Resolutionen befaßt sich mit dieser unbegreiflichen Lage. Zwei dieser Beiträge seien hier herausgegriffen, weil sie über den Tag hinaus von Bedeutung scheinen. Der eine Beitrag war ein Gastkommentar von Vizekanzler und ÖVP-Bundesparteiohmann *Josef Riegler*, der in der „Kleinen Zeitung“ in Graz das Aktionskomitee zur Erstellung des Sozialhirtenbriefes unter dem Vorsitz von Bischof Maximilian Aichern beglückwünschte, daß es ihm „in mitreißender Weise“ gelang, eine breite Diskussion über die soziale Wirklichkeit in Österreich auszulösen. Riegler wies darauf hin, daß in solchen Initiativen eine wichtige Aufgabe der Kirche liege: „Dies sind Zeichen der Lebendigkeit, der Offenheit und des geistigen Ringens!“ Mit deutlicher Spitze gegen die Versuche des Abgeordneten Khol, den Grundtext des Sozialhirtenbriefes in das linke Eck zu drängen, schrieb der ÖVP-Parteiohmann, persönliche Diskussionsbeiträge von Mitarbeitern dürften nicht als offizielle Standpunkte der ÖVP aufgefaßt werden. In einem Interview wurde Riegler noch deutlicher: „Was uns besorgt macht, ist der gewisse Trend zur Intoleranz. Die sehr klaren Vorstellungen der Ortskirchen wurden formal recht brüsk übergangen. Wir sehen die Entwicklung mit Sorge und dem Wunsch, daß das freimütige und einander respektierende Klima wiederhergestellt wird.“

Der zweite Beitrag, der hier hervorgehoben werden soll, stammt aus der Feder des Ordinarius für Neutestamentliche Bibelwissenschaften in Salzburg, *Wolfgang Beilner*, der langjähriger Rektor der Universität Salzburg war. Beilner bekannte in einem bewegenden Gastkommentar in den „Salzburger Nachrichten“ unter Anspielung auf den ersten Korintherbrief, er entschlöße sich schweren Herzens zu diesem Artikel in einer Zeit, in der „wir zum Schauspiel geworden sind für Welt, für Engel und Menschen“. Beilner gab ohne jede Polemik seinem Unbehagen über die Einrichtung einer diözesanen Glaubenskommision in Wien Ausdruck, die nur geeignet sei, Ängste und Mißtrauen hervorzurufen, und faßte seine Meinung in

dem Satz zusammen: „Wie die Dinge jetzt laufen, wird der ganzen Wahrheit der Offenbarung und dem Evangelium kaum ein Dienst erwiesen werden können, ganz im Gegenteil.“ Man möge auf Kardinal Ratzinger hören, mahnte Beilner, der am Großen Frauentag im Dom zu Salzburg gesagt hatte, in der Kirche gebe es nur *einen* rechtmäßigen Wettbewerb, „nicht den um mehr Macht, sondern allein den um mehr Liebe“.

Diese Stimmen, die zu Toleranz, Mäßigung und christlicher Besinnung mahnten, hatten keine unmittelbare Wirkung, ließen aber eine verbreitete Stimmung sowohl im innerkirchlichen wie im öffentlichen Bereich erkennen. Wohltuende Stellungnahmen des Wiener Kardinals *Hans Hermann Groer* zur Frage der Glaubenskommission in Wien und eine verklausulierte Distanzierung des Wiener Kardinals in der Angelegenheit der *Missio Canonica* von Weihbischof Krenn ließen in der zweiten August-Hälfte vorübergehend Hoffnung auf eine Wende zum Besseren schöpfen. Doch solche Zwischentöne wurden von den Ohren der Öffentlichkeit, die nun schon seit Wochen und Monaten an lautstarken Zank innerhalb der Kirche gewöhnt war, gar nicht mehr vernommen.

Zahlreiche Kirchnaustritte als Antwort

Die direkte und indirekte Folge ist ein weiteres besorgniserregendes Ansteigen der *Kirchnaustritte* in Österreich. Allein in den Jahren 1982 bis 1988 verließen 209 611 Katholiken die katholische Kirche. Im Jahr 1988 allein mußte die katholische Kirche 35 224 Austritte zur Kenntnis nehmen, denen 3649 Eintritte gegenüberstehen. Diese ohnehin schon bedrückende Bilanz ist in den ersten Mo-

naten des Jahres 1989 österreichweit noch viel schlimmer geworden. Von Jänner bis Mai 1989 stiegen die Kirchnaustritte in den Diözesen Wien und Graz um je 14 Prozent, in Salzburg um 20 Prozent, in Innsbruck um 22 Prozent, in Eisenstadt um 24 Prozent, in St. Pölten um 30 Prozent, in Linz um 71 Prozent und in Vorarlberg, wo die Proteste gegen die Art und Weise der Bischofsernennung besonders massiv waren, um 88 Prozent.

Als einzige Diözese verzeichnet Gurk-Klagenfurt einen Rückgang von elf Prozent, der darauf zurückzuführen sein dürfte, daß in einer gezielten Aktion freigestellte Helfer jeden der Ausgetretenen persönlich aufsuchten und mit den Betroffenen die Motive ihres Kirchnaustrittes diskutieren.

Die *durchschnittliche Zunahme der Kirchnaustritte* in den ersten fünf Monaten 1989 betrug in Österreich somit 24 Prozent. Dies ist ein Alarmsignal für die gegenwärtige Situation, deren Ursachen natürlich nicht nur auf die Auseinandersetzungen der jüngsten Zeit reduziert werden können. Zweifellos hat aber die Zerstrittenheit, die vor allem in den letzten Monaten sichtbar wurde, viele Katholiken bewegt, sich von der Kirche abzuwenden.

Im Kirchnvolk träumen nun viele von der sogenannten „guten alten Zeit“ der König-Ära und vereinfachen damit das Problem in unzulässiger Weise. Wo Kardinal König, der Alterzbischof von Wien, jetzt auftaucht, wird er von nicht endenwollendem Beifall überschüttet. Der Kardinal hatte, wie Hubert Feichtlbauer meint, gewiß auch seine Schwächen als Erzbischof von Wien, und Kirchn-Insider kennen sie besser als viele Bewunderer von außen: „Aber er war natürlich ein Titan im Vergleich zu den Zwergen, die heute, (vielleicht) ohne es zu wollen, sein Werk äußerlich kaputt machen.“

Fritz Csoklich

Droht eine künstliche Hollandisierung?

Fragen an den österreichischen Pastoraltheologen Wilhelm Zauner

Als Ergänzung zum nebenstehenden Bericht (S. 456–462) befragten wir den weit über Österreich hinaus bekannten Pastoraltheologen Wilhelm Zauner, Professor an der Theologischen Hochschule in Linz, zu einigen kirchn- und pastoralpolitischen Entwicklungslinien, die den Weg der Kirche in Österreich gegenwärtig beschwerlich machen. Kernpunkt ist die Frage, läuft die gegenwärtige Entwicklung auf eine künstliche Hollandisierung – das Wort geht seit einiger Zeit um – des österreichischen Katholizismus hinaus? Gesprächspartner waren Fritz Csoklich und David Seeber.

HK: Herr Professor Zauner, von einem österreichischen Bischof wird das Wort überliefert: „Wir Österreicher haben einen so miserablen katholischen Glauben, daß wir nicht einmal zu einer ordentlichen Häresie fähig sind.“

Der Satz ist vor einigen Jahren im Zusammenhang mit dem Konflikt um Küng in der Bundesrepublik gefallen. Gegenwärtig aber sieht es so aus, als ob nicht ohne kirchnamtliches Zutun im österreichischen Katholizismus vornehmlich kleine Konventikel von Sektierern Konjunktur bekämen. Soll so der Glaube ordentlicher werden, oder brechen damit die Häresien durch?

Zauner: Ich glaube, daß mit diesem Satz etwas Richtiges getroffen ist. Daß der Österreicher nicht so häresiefähig ist, unterscheidet ihn vielleicht vom Deutschen. Der Österreicher denkt sich seinen Teil und läßt die anderen reden, sagt Grillparzer. Der Österreicher denkt sich seinen Teil, weil er auch nicht reden durfte, als er durch die Gegenreformation katholisch gemacht wurde. Die Habs-